

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
34. HuFA 2014-2020
Sitzungsdatum:
14.02.2019

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 14.02.2019

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2018
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.07.2018 aus öffentlicher Sitzung
3. Bebauungsplan Nr. 41- Thornstraße - 4.Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: Beschluss des Planentwurfs und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
4. Bebauungsplan Nr. 121 – Drinhausen-Süd – 1. Änderung
hier: Beschluss des Planentwurfs und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
5. Bebauungsplan Nr. 126 - Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
6. Bebauungsplan Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
7. Forstwirtschaftsplan 2019
8. Anregung nach § 24 GO NRW vom 07.01.2019 betr. Änderung der Badeordnung
9. Anregung nach § 24 GO NRW vom 07.01.2019 betr. WLAN im Jugendzentrum
10. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2019 gem. § 36 Abs. 1 i. V. m. § 4 Gescho betr. Teilhabechancengesetz für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt
11. Erweiterungen zur Tagesordnung

12. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

17. Abgabe einer Verpflichtungserklärung gegenüber der Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH im Hinblick auf Folgekosten

13. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.07.2018 aus nichtöffentlicher Sitzung

14. Grundstücksangelegenheiten

14.1 Veräußerung einer Grundstücksteilfläche an der Talstraße

14.2 Erwerb eine Grundstücksfläche am Grenzweg in Übach-Palenberg

14.3 Erwerb einer landwirtschaftlichen Fläche am Teverener Weg zur Umsetzung weiterer Ausgleichsmaßnahmen

14.4 Veräußerung eines Gewerbegrundstückes an der Daimlerstraße (Garten-u. Landschaftsbau)

14.5 Veräußerung eines Gewerbegrundstückes an der Daimlerstraße (Heizung-Sanitärbetrieb)

14.6 Veräußerung eines Gewerbegrundstückes an der Daimlerstraße (Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung)

14.7 Veräußerung einer Teilfläche (ca. 50 qm) zur Arrondierung der Außenanlage des Kindergartens Mühlenhof

15. Erweiterung der vorhandenen Hundewiese zu einer Hundetagesstätte

16. Vergabeangelegenheit

16.1 Sicherheitsdienst an den Grundschulen in Übach-Palenberg

18. Stundung / Ratenzahlung eines Straßenausbaubeitrages

19. Erweiterungen zur Tagesordnung

20. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

20.1 Anregung nach § 24 GO NRW vom 07.01.2019 betr. Änderung der Badeordnung hier: Namen der Antragsteller

20.2 Anregung nach § 24 GO NRW vom 07.01.2019 betr. WLAN im Jugendzentrum hier: Namen der Antragsteller

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Tim Böven	SPD	abwesend innerhalb TOP 15 während der Abstimmung
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr Rene Langa	CDU	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Herr Stadtoberinspektor Thomas de Jong
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Feiter

Bürgermeister **Jungnitsch** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Vertreterin der Presse sowie die Zuschauer.

Er informierte darüber, dass der nichtöffentliche Tagesordnungspunkt 16.1 „Sicherheitsdienst an den Grundschulen in Übach-Palenberg“ aufgrund neuer Entwicklungen obsolet sei. Die Verwaltung habe die Rats- und Ausschussmitglieder hierüber bereits am 08.02.2019 per Schreiben informiert. Er schlug daher vor, den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Beschluss:

Tagesordnungspunkt 16.1 „Sicherheitsdienst an den Grundschulen in Übach-Palenberg“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Die SPD-Fraktion erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

Die UWG-Fraktion erklärte, ebenfalls am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2018

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.11.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.07.2018 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.07.2018 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

**3. Bebauungsplan Nr. 41- Thornstraße - 4.Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: Beschluss des Planentwurfs und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Bürgermeister **Jungnitsch** verwies auf die Empfehlung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung, nachträglich noch Festsetzungen für Trauf- und Firsthöhen auf Basis der Bestandsbebauung einzuarbeiten und stellte diese Änderung mit zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

- 1. Der Planentwurf der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 – Thornstraße – im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a wird mit der Änderung, dass nachträglich noch Festsetzungen für Trauf- und Firsthöhen auf Basis der**

Bestandsbebauung eingearbeitet werden, beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 – Thornstraße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**4. Bebauungsplan Nr. 121 – Drinhausen-Süd – 1. Änderung
hier: Beschluss des Planentwurfs und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Der Ausschuss sprach sich dafür aus, die Variante 1 als Grundlage für die weitere Bauleitplanung zu nehmen.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion bestätigte die Verwaltung, dass sie sich mit der Verkehrsplanung in diesem Bereich befasse.

Beschlussempfehlung:

1. Aus den vorgestellten Varianten soll die Variante Nummer 1 als Grundlage für die weitere Bauleitplanung dienen.
2. Auf Basis dieser Variante wird ein Bebauungsplanentwurf in Anlehnung an den Ursprungsbebauungsplan entwickelt.
3. Dieser Entwurf wird für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB genutzt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**5. Bebauungsplan Nr. 126 - Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren
gemäß § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Beschlussempfehlung:

1. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 126 – Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gefasst.
2. Der Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 126 – Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird beschlossen (der Plan-

entwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 126 - Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

6. **Bebauungsplan Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB**
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
-

Beschlussempfehlung:

1. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB wird gefasst.
2. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

7. **Forstwirtschaftsplan 2019**
-

Beschlussempfehlung:

Der Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2019 wird zustimmend zur Kenntnis genommen (der Forstwirtschaftsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. Anregung nach § 24 GO NRW vom 07.01.2019 betr. Änderung der Badeordnung

Sowohl die CDU-Fraktion als auch die SPD-Fraktion standen der vorliegenden Anregung grundsätzlich positiv gegenüber. Fraktionsübergreifend bestand Einigkeit, eine inhaltliche Beratung im zuständigen Fachausschuss führen zu wollen, insbesondere, da die Schülerinnen und Schüler des Demokratiekurses als Verfasser dieser Anregung heute nicht anwesend seien. Die SPD-Fraktion gab zu verstehen, dass die Beratung in der kommenden Sitzung des Ausschusses im April erfolge solle, damit eine Entscheidung vor Beginn der Freibadsaison getroffen werden könne.

Beschluss:

Die Anregung wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. Anregung nach § 24 GO NRW vom 07.01.2019 betr. WLAN im Jugendzentrum

Auch bei dieser Anregung bestand fraktionsübergreifend Einigkeit, eine inhaltliche Beratung im zuständigen Fachausschuss führen zu wollen.

Beschluss:

Die Anregung wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2019 gem. § 36 Abs. 1 i. V. m. § 4 GeschO betr. Teilhabechancengesetz für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt

Ergänzend zu ihrem Antrag erklärte die SPD-Fraktion, dass die Finanzierbarkeit gesichert sei und man mit dieser Maßnahme auf personelle Engpässe im Bereich des Technischen Betriebes reagieren könnte.

Seitens der Verwaltung wurde dargelegt, dass sie die Möglichkeiten der Umsetzbarkeit des Antrages insbesondere vor dem Hintergrund des Stärkungspaktes sowie des Personalentwicklungskonzeptes bereits prüfe. Die der Verwaltung zugänglichen Informationen enthalten diesbezüglich keine Aussage. Deshalb habe die Verwaltung u. a. auch Kontakt mit der Bezirksregierung Köln aufgenommen. Sobald der Verwaltung insoweit weitere Informationen vorliegen, werde sie hierüber berichten.

Die CDU-Fraktion erklärte, dass sie dem Antrag grundsätzlich positiv gegenüberstehe, eine Entscheidung jedoch nicht treffen wolle, soweit die rechtlichen Grundlagen nicht geklärt seien.

Es bestand Einigkeit im Ausschuss, heute keinen Beschluss zu fassen. Da der Antrag auch Bestandteil der Tagesordnung der kommenden Ratssitzung sei, wolle man abwarten, ob bis dahin die notwendigen Informationen hierzu vorliegen.

11. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

12 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion, inwieweit die Deutsche Bahn für die durch die Gleisarbeiten entstandenen Beschädigungen der Pflasterung aufkommen werde, sagte die Verwaltung eine Prüfung der Angelegenheit zu.

Anfrage der UWG-Fraktion:

Auf Nachfrage der UWG-Fraktion, inwieweit die Ampelgrünphase an der Kreuzung Roermonder Straße im Interesse der Bewohner der dortigen Seniorenwohnanlage verlängert werden könnte, sagte die Verwaltung zu, dies zu prüfen und sich mit Straßen.NRW als zuständige Stelle für die Betreuung von Landesstraßen in Verbindung zu setzen.

Bürgermeister **Jungnitsch** schloss um 17.55 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von fünf Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Bürgermeister **Jungnitsch** um 18.58 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Feiter
Schriftführerin